

Zusammenfassung der wichtigsten Diskussionsergebnisse und Ausblick

Birger Hartnuß, Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung

Eine engagierte Diskussionsatmosphäre

Die Diskussionen auf der Fachtagung, insbesondere im World Café, fanden in einer ausgesprochen konstruktiven und engagierten Atmosphäre statt. Erfahrungen wurden ausgetauscht, neue Ideen entwickelt und Impulse für die Engagementförderung durch Bund, Land und Kommunen gesetzt. Trotz der positiven Entwicklungen im bürgerschaftlichen Engagement in Rheinland-Pfalz, auf die die vorgestellten empirischen Studien verweisen, wurden auch aktuelle Probleme Herausforderungen sichtbar. Praktische Ansätze und Lösungsmöglichkeiten sowie Folgerungen für die Engagementpolitik des Landes standen im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Dabei wurde deutlich, dass es ein großes Bedürfnis nach bereichsübergreifenden Möglichkeiten des Austauschs, der Beratung und Abstimmung gibt. Daher sollen auch künftig Fachveranstaltungen in unterschiedlichen Dialogformaten angeboten werden, die diesem Bedarf Rechnung tragen.

Diskussionsergebnisse

Im World Café haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zahlreiche Vorschläge und Empfehlungen zusammengetragen, die sich sowohl an die Kommunen, an die Landesregierung als auch an zivilgesellschaftliche Organisationen richten. Sie sind im Einzelnen in der Fotodokumentation der verschiedenen Stationen des World Cafés festgehalten.

Die wichtigsten Befunde der Diskussion sind im Folgenden stichwortartig benannt:

- Auf Landesebene wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Ansätze, Instrumente und Strukturen der Engagementförderung entwickelt und gefestigt. Diese *Unterstützungsstrukturen* sind weiter zu stabilisieren und auszubauen. Augenmerk sollte dabei auch darauf gerichtet werden, die Angebote noch bekannter zu machen und in die Fläche zu bringen.
- Öffentliche Wertschätzung und gesellschaftliche *Anerkennung* bürgerschaftlichen Engagements sind entscheidende Elemente der Engagementförderung. Zivilgesellschaftliche Organisationen, Kommunen und staatliche Institutionen tragen Verantwortung dafür, eine Kultur der Anerkennung weiterzuentwickeln.
- Die Zusammenarbeit von *Hauptamt und Ehrenamt* ist in vielen Organisationen ein Dauerthema. Hierfür braucht es Angebote der (gemeinsamen) Fort- und Weiterbildung, um ein effektives Zusammenwirken auf Augenhöhe zu sichern.
- Viele, insbesondere große Organisationen beklagen rückläufige Mitgliedszahlen. Gravierender noch ist es, dass es vielen Vereinen Schwierigkeiten bereitet, ihre *Führungs- und Vorstandspositionen* zu besetzen. Auch hierfür sind Angebote der Beratung und Qualifizierung gefragt, um die Organisationen bei der Bewältigung dieser Herausforderung zu begleiten.

- Engagementfreundliche *Organisationsentwicklung* benötigt klare Verantwortlichkeiten und Ressourcen. Sie ist nicht zum „Nulltarif“ zu haben. Gerade in Großorganisationen sind professionelle und hautamtliche Strukturen erforderlich, die ein modernes Freiwilligenmanagement aufbauen, für eine gelingende Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt sorgen, notwendige Qualifizierungsangebote organisieren und Qualitätsstandards in der Ehrenamtsförderung entwickeln und sichern. Hierzu gehören auch angemessene Formen der Mitbestimmung für Engagierte.
- Bürgerschaftliches Engagement findet in Kontexten statt, die an rechtliche Regelungen gebunden sind. Insbesondere die staatlichen Institutionen sind gefordert, diese *Rahmenbedingungen* möglichst engagementfreundlich zu gestalten und bürokratische Hemmnisse weiter abzubauen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Absicherung von Engagierten (Versicherungsschutz), das Vereinsrecht, Fragen des Ordnungsrechts, das Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht, das Stiftungsrecht sowie das Zuwendungsrecht.
- Die Bereitschaft, die Fähigkeit und die Motivation zu bürgerschaftlichem Engagement sind nicht angeboren, sondern werden erworben. Daher ist es für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft entscheidend, dass junge Menschen schon *frühzeitig Verantwortungsübernahme* und Partizipation erproben und erlernen können. Engagementförderung gilt es daher als Teil des Erziehungs- und Bildungsauftrags von Kindertagesstätten und Schulen zu etablieren.
- Aus Empirie und Praxis ist bekannt, dass die Beteiligung im bürgerschaftlichen Engagement höchst ungleich verteilt ist und sich *soziale Benachteiligungen* auch in der Zivilgesellschaft reproduzieren. Ansätze der Engagementförderung sollten daher verstärkt Zugangschancen für benachteiligte Gruppen eröffnen und Ungleichheit möglichst minimieren oder ausschließen.
- Der Großteil ehrenamtlichen Engagements wird auf lokaler und regionaler Ebene erbracht. Daher braucht es vor Ort in den *Kommunen* verbindliche Ansprechpartner und Anlaufstellen, Ressourcen und langfristig angelegte Strukturen. Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung müssen sich dieser Herausforderung stellen und eigene, passgenaue Strategien der Engagementförderung entwickeln.
- Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser und andere *Infrastruktureinrichtungen* haben sich auf lokaler Ebene dabei vielerorts zu wichtigen Kristallisationskernen der Engagementförderung entwickelt. Ihre Bestandsbedingungen aber sind häufig noch prekär. Diese wichtigen Einrichtungen in ihrer Arbeit zu stabilisieren, erfordert gemeinsame Anstrengungen von Kommunen, Ländern, dem Bund sowie der Zivilgesellschaft.
- Effiziente Engagementförderung benötigt ein enges und verlässliches Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure und Organisationen (Zivilgesellschaft, Staat, Wirtschaft). Kooperation und Vernetzung sind daher entscheidende Erfolgsfaktoren tragfähiger Engagementstrategien. Dies gilt sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene. Bestehende Netzwerk sind wichtige Motoren zivilgesellschaftlicher Entwicklung. Auch in

Rheinland-Pfalz ist es an der Zeit, ein bereichsübergreifendes *Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement* ins Leben zu rufen.

- Das *gesellschaftliche Engagement von Unternehmen* ist ein wichtiger Teil des bürgerschaftlichen Engagements. Aus gemeinsamen Projekten von gemeinnützigen Einrichtungen und Unternehmen auf Augenhöhe erwachsen neue Chancen für die Erbringungen wohlfahrtsstaatlicher Leistungen sowie gegenseitige Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten. Das Corporate Citizenship sollte in der Diskussion über Zukunft der Bürgergesellschaft daher nicht vernachlässigt werden.
- Insbesondere auf der Ebene von Bund und Ländern ist Engagementförderung häufig mit zeitlich befristeten Programmen und Schwerpunkten verbunden. Nicht selten gibt es nach deren Auslaufen keine Anschlussperspektiven, Projektruinen bleiben zurück und wieder neue Ansätze werden gefördert. Gerade im Bereich der Engagementförderung kommt es jedoch auf *langfristige Förderperspektiven* und die Festigung von Infrastrukturen an.

Ausblick

Die Landesregierung wird auch weiterhin alles dafür tun, gute Rahmenbedingungen für Ehrenamt und Bürgerengagement zu gestalten. Seit über einem Jahrzehnt genießt die Förderung bürgerschaftlichen Engagements besondere Aufmerksamkeit in der Landespolitik. Zahlreiche Programme sowie vielfältige Instrumente zur Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement wurden seither auf den Weg gebracht. Diese werden fortgeführt und weiterentwickelt.

Über das bestehende Angebot hinaus und Bezug nehmend auf die Befunde der empirischen Studien sowie die auf der Fachtagung geführten Diskussionen sollen in der laufenden Legislaturperiode insbesondere die folgenden Vorhaben der Engagementförderung umgesetzt werden:

- *Qualifizierungsangebote ausbauen*
Das Angebot der Fort- und Weiterbildung im und für das Ehrenamt soll weiter ausgebaut werden. Hierzu gehören unter anderem die Fortführung der regelmäßigen Fachtagungen zu „Rechtsfragen im Ehrenamt“, aber auch die Weiterführung der modellhaften Qualifizierungsreihe „Gut zusammen arbeiten. Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt in sozialen Organisationen“.
- *Vereinsentwicklung unterstützen*
In den Vereinen wurde ein großer Unterstützungsbedarf im Bereich der Mitgliederentwicklung (Ansprache, Gewinnung und Bindung neuer Mitglieder) sowie bei der Besetzung von Führungs- und Vorstandspositionen deutlich. Hierfür soll von Landesseite aus ein Angebot der Beratung, Qualifizierung und Begleitung von Vereinen entwickelt werden, um sie praxiswirksam bei der Bewältigung dieser demografischen Herausforderung zu unterstützen.
- *Gründung eines Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement*
Die Fachtagung hat einmal mehr erwiesen, dass es ein großes Bedürfnis nach bereichsübergreifenden Möglichkeiten des Austauschs, der Beratung und Abstimmung zu Fragen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gibt. Die Gründung und der Aufbau eines Landesnetzwerks unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsidentin Malu Dreyer gehören daher zu den zentralen Anliegen der Engagementförderung der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode.